



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Nationalliberale, Regierung und Konservative

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**



## Nationalliberale, Regierung und Konservative



Im April 1908 hatte die nationalliberale Partei einen preußischen Vertretertag nach Magdeburg einberufen, um ein die Partei bindendes Votum in der Frage der preußischen Wahlrechtsreform herbeizuführen. Vorher hatten natürlich in besonderen Gremien der Partei: Zentralvorstand, Kommissionen, Provinzialorganisation, Parteiversammlungen, die Spezialfragen: direkte Wahl, Pluralwahlrecht, geheime Wahl und Neueinteilung der Wahlkreise, ihre Erledigung gefunden, desgleichen der Hauptpunkt: Übertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen oder besonderes Wahlrecht für Preußen. Auf den jungliberalen Tagungen taucht noch heute gelegentlich der Wunsch auf, wie man es gern nennt, „ganze Sache“ zu machen und das allgemeine, gleiche, direkte, geheime Wahlrecht in Preußen einzuführen, weil alle andern Versuche, Bildung und Besitz zu berücksichtigen, unsozial oder gekünstelt seien. Eine Mehrheit hat diese Forderung jedoch auch bei den Jungliberalen nicht gefunden. Man wünscht schließlich doch nicht den Sozialdemokraten und dem Zentrum den Hasen in die Küche zu jagen. In der Gesamtpartei fand das Reichstagswahlrecht für Preußen noch geringere Vorliebe; ja eine Gruppe war geneigt, den sogar im Reiche unangefochtenen Teil des Reichstagswahlrechts, die geheime Wahl, für Preußen abzulehnen. So hatte in der Presse und in öffentlichen Versammlungen der Kampf der Worte hin und her gewogt, bis er in Magdeburg zum Stehen kam. Eine Einigkeit wurde erzielt, die auf das Land und auf die Regierung ihren Eindruck nicht verfehlte.

Neueinteilung der Wahlkreise und geheime Wahl, das waren neben Pluralwahl und direkter Wahl von da ab Programmforderungen der Partei. Der Referent in Magdeburg, der Abg. Geh. Justizrat Krause, führte dabei durchaus gemäßig und realpolitisch in bezug auf die Wahlkreisrevision aus: „Es muß da ein Ausgleich gefunden werden zwischen dem rein Arithmetischen der

Bevölkerungszahl und den großen Interessen, die durch das platte Land, durch die Organisationen der Kreise usw. historisch geworden und gegeben sind. Das Historische dürfen wir nicht an die Wand drücken. Aber auch die große Bevölkerungszunahme und die darin zum Ausdruck kommende große Bedeutung, welche Industrie, Handel und Gewerbe für uns gewonnen haben, darf nicht in der Weise vernachlässigt werden, wie es unter der heutigen Wahlkreiseinteilung geschieht.“ Und zur geheimen Wahl bemerkte er ebenfalls veröhnlich, wenn auch bestimmt: „Die Gerechtigkeit gebietet es hier, die wirklich staatsmännische Auffassung gerade derjenigen Teile unserer Partei hervorzuheben, welche auf einem abweichenden Standpunkt standen, welche in der öffentlichen Stimmabgabe das einzig zulässige Mittel der Art des Stimmens gefunden hatten. Sie haben durchaus sich gefügt, wenn jetzt in unserem Wahlaufruf die Parole für die geheime Stimmabgabe ausgegeben werden soll.“ Krause befürwortete die geheime Wahl wegen der Fülle von neuen Abhängigkeitsverhältnissen, die sich in der Neuzeit eingestellt haben, u. a. mit der Abhängigkeit von großen Organisationen, und verwies auch darauf, daß bei den Knappschaftswahlen die Sozialdemokraten das öffentliche Wahlverfahren verlangt hätten, vermutlich doch, weil es ihnen am meisten zusagte. Zu diesem Druck von unten gesellt sich, wie die Dinge nun einmal liegen, der Druck von oben zugunsten konservativer und agrarischer Politik, und der Abg. Krause fand scharfe Worte, um auch diesen Mißbrauch zu tadeln: „Wir können nicht mehr dulden, daß zugunsten einer Partei, sei es, welche sie wolle, der amtliche Apparat in Kraft gesetzt wird, sondern wir wollen Freiheit der Wahl. Wir wollen wissen, welche Vertreter das Volk, wenn es frei wählen kann, wählt. Wir können nicht ein System gutheißen, das unter dem Scheine der freien Wahl mit Benutzung des amtlichen Apparats zu Fälschungen im Ergebnis führen muß.“

Inzwischen kamen die Landtagswahlen und die bekannte Erklärung der Thronrede. Der Wahlkampf hatte sich in der Hauptsache um das Wahlrecht gedreht; die Nationalliberalen waren konzentrischen Angriffen von rechts und links ausgesetzt gewesen und namentlich von der Rechten scharf bekämpft worden, weil sie demnächst einen Teil der Entscheidung in der Hand haben mußten, falls die organische Weiterbildung des preußischen Wahlrechts nach der Absicht der Thronrede wirklich in Angriff genommen werden sollte. Im Reich ging darüber der Block in die Brüche und die Amtszeit des Fürsten Bülow lief ab. Eine starke Verbitterung ergriff unser Volk, jede Nachwahl zum Reichstag zeigte ein Erstarken der sozialdemokratischen Bewegung und eine Erschlaffung des Bürgertums. Um so energischer ging die agrarisch-konservativ-kerikale Koalition vor. Die jungkonservative Bewegung wurde niedergehalten und bei allen Wahlen wurde eine Isolierung der Nationalliberalen durchgeführt. Wo die Liberalen die Vorhand hatten, wurde von jener Koalition der Wahlkampf so lau geführt, daß die Sozialdemokratie durchs Ziel gehen mußte; standen die Konservativen in Stichwahl und half ihnen der Liberalismus, wie in Landsberg-

Soldin, zum Siege, so drang die agrarisch-konservative Lesart in die Welt: nur die konservative Weltanschauung vermag der roten Flut Widerstand zu leisten, nur das Land bietet noch Sicherheit gegen den Umsturz! Der Zusammenbruch des Konservatismus in Moabit, sein einschrumpfen im Königreich Sachsen, die schweren Verluste der Zentrumspartei bei verschiedenen Reichstagsnachwahlen bedeckte man mit freundlichem Stillschweigen. Die preußische Regierung und wohl auch die Reichskanzlei hielten es jedenfalls von jetzt ab für zweckmäßig, sich auf Zentrum und Agrarkonservative zu stützen. Ungehindert arbeitet gegenwärtig im Lande der Regierungsapparat für diese Kombination und von der zeitweiligen Duldung des Nationalliberalismus in Beamtenkreisen ist man mittlerweile ungeniert zur Maßregelung der nationalliberalen Beamten übergegangen. Die Nationalliberalen sollen offenbar mürbe gemacht werden, damit sie sich entschließen neben Zentrum und Konservativen wieder der Dritte im Bunde zu werden. Man streichelt den ziemlich unschädlichen Freisinn und hat nichts dagegen, daß dessen aufgeregte Bestandteile im Verein mit der Demokratie dem nationalen und gemäßigten Liberalismus das Leben möglichst sauer machen. Unter solchen Umständen wird von der nationalliberalen Partei ein hohes Maß von taktischer Geschicklichkeit, aber auch von Festigkeit verlangt.

Beachtet man alle diese Momente, so gewinnt die preußische Wahlrechtsvorlage eine doppelte Bedeutung. Einmal ist sie an sich ein Prüfstein für den nationalen Liberalismus. In weiten Kreisen des nationalen Bürgertums ist der Wunsch verbreitet, das preußische Parlament möge eine Zusammensetzung erhalten, die auch den modernen Triebkräften im Volke: Industrialismus, Arbeiterbewegung und städtisches Kulturleben den gebührenden Einfluß einräumt und dementsprechend das agrarisch-kerikale Übergewicht im Abgeordnetenhaus zurücktreten läßt. Man verspricht sich mit dem Ausgleich der verschiedenen Wahlrechte in Nord und Süd eine Festigung des Reichsgedankens, eine Mäßigung der sozialradikalen Bewegung und eine Politisierung des ein wenig hinter die Front geratenen Bürgertums, ferner eine zweckmäßigere Verwaltung und ein volkstümlicheres Regiment in Preußen. Alle diese Dinge zu erreichen, muß natürlich die Liberalen zur höchsten politischen und taktischen Leistungsfähigkeit anspornen. Verlieren sie diese Schlacht gegen die Agrarkonservativen, so ist ihre Gesamtposition in Deutschland auf Jahre hinaus erschüttert.

Die zweite Bedeutung liegt darin, daß es der Rechten darauf ankommt, die Nationalliberalen wieder an die Seite der Konservativen und des Zentrums zu zwingen und dadurch einer mehr liberalen Orientierung unserer Politik in Preußen und im Reiche vorzubeugen. Zu diesem Zweck werden gegenwärtig vom Zentrum und von den Konservativen die Nationalliberalen, die auf klare Scheidung vom Bunde der Landwirte leßthin gedrängt und bei der sogenannten Reichsfinanzreform den Bruch des Besitzsteuerkompromisses der Konservativen mit dem Abbrücken von der neuen Mehrheit beantwortet hatten, viel schärfer als alle anderen Parteien, die Sozialdemokratie eingeschlossen, bekämpft. Nicht

ungeschiedt wird auch versucht, die Geschlossenheit der Partei zu beseitigen, Reichstags- und Landtagsfraktion gegeneinander auszuspielen, die Jungen und die Alten zu verheizen, kurzum Zwietracht zu säen und einen Keil in die Partei zu treiben.

So wäre der clerikal-konservativen Koalition gegenwärtig nichts erwünschter als ein Auseinanderfallen der Partei in der Frage der geheimen oder öffentlichen Wahl, und gerade dadurch verstärkt sich die Bedeutung dieser Frage, die an sich eigentlich das liberale Prinzip nicht in seinem Kern trifft. Man kann als freiheitliebender Mann ein freies, offenes Bekenntnis seiner politischen Überzeugung auch beim Wahlgeschäft verlangen, um allerdings von ebenso liberalen Männern belehrt zu werden, der Abhängigkeitsverhältnisse seien so viele geworden, daß das Recht der Persönlichkeit nur mit der geheimen Wahl gesichert erscheint. Aber da nun die Partei in gewaltiger Mehrheit und unter Zustimmung der Andersdenkenden die geheime Wahl zur nationalliberalen Forderung erhoben hat, würde ein Instilllassen dieser vor zwei Jahren aufgestellten Parole nicht anders verstanden werden als ein Zugeständnis an die Rechte, um die Drangsalierungen und Einkreisungen loszuwerden.

Die preußische Wahlreform, wie sie von der Regierung vorgeschlagen ist, kann die verlangte Modernisierung Preußens und Politisierung des Bürgertums an sich kaum bemerkstelligen. Mindestens muß eine der nationalliberalen Voraussetzungen: Wahlkreiseinteilung und geheime Wahl, hinzutreten. Das wird von der Mehrheit des Volkes entschieden betont. Gehen die Nationalliberalen hiervon ab, so bringen sie sich bei den städtischen Wählern und den Mittelstandsgruppen wahrscheinlich in größere Schwierigkeiten, als wenn sie fest bleiben und dann auf weitere Unfreundlichkeiten seitens des Bundes der Landwirte zu rechnen haben. Mit dem Bund, der immer mehr einem zentrumsfreundlichen Konservatismus huldigt, ist ein ehrlicher Pakt, der dem Nationalliberalismus seine Selbständigkeit und seine Volkstümlichkeit beläßt, ausgeschlossen. Der ganze Unterschied würde darin bestehen, daß der Kampf etwas weniger laut geführt würde, aber da die Kampfgegenstände bleiben und der Kampf auch, kann das Plus oder Minus von Temperament kaum ausschlaggebend sein, um die geheime Wahl preiszugeben.

Es verlangt also die Frage der Wahlreform an sich die Einfügung der geheimen Wahl, und die gesamte politische Lage kommt für die Nationalliberalen auf dasselbe hinaus. Grundsätzlich und taktisch darf somit von dem Magdeburger Standpunkt nicht abgewichen werden. Die früher öfter zum Schaden der Partei und der Gesetzgebung angewandte Formel, es muß etwas zustande kommen, empfiehlt sich gegenüber der Regierungsvorlage nicht, weil dieses Etwas allzu bescheiden ist und weil diese Reform keine Beruhigung schaffen, vielmehr alle unbefriedigt lassen, keinen wesentlichen Fortschritt gewähren und doch dem Quietismus in der Zukunft das Spiel erleichtern würde. Darum muß noch einmal die Partei aufgefordert werden, fest zu bleiben zu des Vaterlandes und zu ihrem eigenen Vorteil.